

Entscheidung für die SED 1946 – ein Verrat an sozialdemokratischen Idealen? *

Steffen Kachel

Die Zahl der möglichen Kombinationen des Wortes Sozialdemokratie mit dem Wort Verrat scheint ziemlich groß zu sein.¹ Der SPD wurde und wird abwechselnd vorgeworfen, ihre eigene Revolution, ihre eigenen Opfer oder auch ihre eigenen Wähler verraten zu haben. Nicht zuletzt wurde die aktive Beteiligung von Sozialdemokraten an der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der SBZ im April 1946 zum Anlaß für Verratsvorwürfe an Sozialdemokraten genommen.² Hier ging es um das Vertrauen der Mitglieder, das verraten worden sei, um die Identität der Funktionäre als Sozialdemokraten, um ihre Standfestigkeit gegenüber sozialdemokratischen Idealen. Minutiös arbeiten heute Studien die schrittweise machttechnische Durchsetzung des Führungsanspruchs der kommunistischen Moskau-Emigranten in Partei und entstehendem Staat nach 1945 heraus. Konnte man, mußte man dies alles nicht sehen und durchschauen und stand diese Entwicklung nicht sozialdemokratischen Idealen diametral entgegen? War da bewußt gehandelt worden, hatten die Führer der Ost-SPD die sozialdemokratische Mitgliedschaft mit der Zustimmung zur Vereinigung „verkauft“? Dieser Verratsvorwurf an die Führung der SPD in der SBZ besitzt eine gewisse Plausibilität, und nicht erst seit dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung. Die Entwicklung in der SBZ/DDR widersprach vielfach den sozialdemokratischen Idealen und es gab dafür frühzeitig Gefahrenzeichen. Aber so leicht sollten wir es uns nicht machen.

Was wurde da verraten? Es ging in der Tat um verpflichtendes Erbe und um eine Reihe zentraler, mit dem Namen SPD verbundener Werte. Aber sehen wir genauer hin: War dieses Erbe nicht sehr widersprüchlich? Gehörten zu ihm nicht gleichermaßen der 1. Mai 1889 und der 4. August 1914, Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg, die Freidenkerbewegung und die religiösen Sozialisten? Das alles war verbindend: Sozialismus und Demokratie zusammenzubringen sowie das Bestreben, das Los der arbeitenden Menschen durchgreifend zu verbessern. Das Erfurter Programm sah das Endziel der sozialdemokratischen Bewegung in der Aufhebung

*Diskussionsbeitrag auf der wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Verrat? Fakten, Fiktionen, Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts“ am 26. September 2003 in Berlin. Siehe dazu den Bericht von Rolf Apel in diesem Heft. – Die Red. -

1 Siehe z.B. Sebastian Haffner: Der Verrat. Die Revolution 1918/19 und die Sozialdemokratie, Berlin 1995; „Verrat!“, Brief des Arbeitskreises „Soziale Demokratie“ an alle Berliner Landesvorstandsmitglieder und Abgeordneten der SPD, 12. 6. 2001 in: <http://www.konservativ.de/gfsd/berlin.htm>; Michael Jäger: Flagge verbrannt. Verrat von oben. Es ist Zeit, die SPD zu spalten, in: Freitag, 6.6.2003.

2 Siehe u.a. Helmut Bärwald: Verrat und Verräter. Anmerkungen zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED, in: http://www.konservativ.de/ksk/p_eraus.htm.

„jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse“.³ Bereits im wilhelmschen Deutschland und dann in der Weimarer Republik hatten sich in der Partei Flügel herausgebildet, die, wie u. a. die Revisionismusdebatte und die Massenstreikdebatte zeigten, die Wege zur Verwirklichung dieser Ideale verschieden interpretierten.

Auch nach 1933 war die Sozialdemokratie gespalten.⁴ Den „freiheitlichen Sozialisten“ ging Freiheit im Angesicht der sowjetischen Entwicklungen ausdrücklich vor Sozialismus, und sie lehnten sich deswegen an die westlichen Mächte an, ungeachtet deren kapitalistischer Gesellschaftsstruktur. Die „revolutionären Sozialisten“ forderten dagegen nach dem ruhmlosen Untergang der Arbeiterbewegung 1933 die 1918 versäumte befreiende revolutionäre Tat. Das schloß bei ihnen eine kritische Position zur Sowjetunion ein. Ursula Langkau-Alex zitiert das damalige Parteivorstandsmitglied Paul Hertz (1936): „Ich glaube, daß die Freiheit im Sozialismus anders aussehen muß als im Liberalismus. Sie wird wahrscheinlich zugunsten der Gesellschaft eingeschränkt werden müssen.“⁵ Auch Sozialdemokraten der Parteimitte wie Wilhelm Sollmann teilten diese Einschätzung, Paul Hertz weiter an den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich Adler: „Viele haben sich nach dem Moskauer Urteil gefragt, ob für Sozialisten überhaupt noch eine positive Stellung zur Sowjetunion möglich ist. Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß die SU nach wie vor die wichtigste und mächtigste Festung der Arbeiterklasse im Krieg sein wird, und daß wir uns nicht von ihr abwenden dürfen und durch positive Kritik dazu beitragen müssen, das zu überwinden, was mit unseren Grundsätzen von Freiheit und Sozialismus unvereinbar ist.“⁶ Ähnliche Auffassungen sind aus dem sozialdemokratischen Widerstand bekannt. Es dominierte das Bestreben, Lehren zu ziehen, die sozialdemokratischen Ideale jedenfalls aktiver zu interpretieren, die Chance auf durchgreifende Gesellschaftsveränderung nach dem Ende des Krieges diesmal nicht zu verspielen.

Symptomatisch als Beleg für solche Verschiebungen im sozialdemokratischen Wertesystem war nicht zuletzt das Handeln Hermann Brills, der im Mai und Juni 1945, aus dem KZ-Buchenwald kommend, die Thüringer Sozialdemokraten sammelte: „Das sozialdemokratische Zeitalter ist vorüber“, schmetterte er seinen Genossen entgegen, als er sie Anfang Juli zur ersten Bezirkskonferenz begrüßte.⁷ Als Zeichen des Bruchs mit dem alten Verständnis sozialdemokratischer Ziele und Werte gründete er mit seinen Mitstreitern in Thüringen anstelle der SPD den „Bund

3 Siehe Erfurter Programm der SPD, in: Lothar Berthold, u.a. (Hrsg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin 1964, S.84. Mindestens sechs Neuauflagen zwischen 1946 und 1948 sprachen für die ungebrochene Aktualität dieses Programms in der Sicht der Nachkriegssozialdemokraten.

4 Siehe u. a. Peter Grasman: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933-1945, München 1976.

5 Siehe Ursula Langkau-Alex: Rezension zu Rainer Behring: Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933-1945, Düsseldorf 1999, in: IWK, H. 2/2002, S.254.

6. Siehe ebenda.

7 Siehe Rede des Genossen Dr. Brill auf der 1. Landeskonferenz des Bundes demokratischer Sozialisten, HStAW, SED-BL Erfurt, II/1-001.

demokratischer Sozialisten“⁸, in dem er gemeinsam mit den Haftkameraden der Thüringer KPD etwas Neues beginnen wollte. Auf jeden Fall sollte es demokratisch, revolutionär-sozialistisch und konsequent sein. Im Mittelpunkt stehe „nicht die soziale Demokratie, sondern der Sozialismus in demokratischer Gestalt“⁸. Obwohl sich die Thüringer Kommunisten diesem Projekt nicht angeschlossen hatten und Brill den Bund zum Zwecke der Lizenzierung in einen Landesverband der SPD umwandeln mußte, beabsichtigte er, einen kommenden Reichsparteitag der SPD für sein an der britischen Labour Party orientiertes Konzept einer Einheitspartei zu gewinnen. Sein Weggang aus Thüringen Ende 1945 angesichts der Einschränkung politischer Spielräume durch die sowjetische Besatzungsmacht⁹ war ein schwerer Schlag. Es war aber sicher kein Verrat seiner Genossen an ihm, die es ihm nicht gleich taten. Und zugespitzt gefragt: War sein Weggang andererseits ein Verrat an Otto Grotewohl, der für seine Linie der Einigung der Arbeiterparteien über deren Reichsparteitage¹⁰ dringend Brills Unterstützung in Thüringen gebraucht hatte? Denn daß die Aussichten, sozialdemokratische Ideale und Ziele mit einer solchen Reichs-Partei verfolgt werden konnten, steht fest. Aber kehren wir wieder zur Ausgangsfrage zurück. Für Hermann Brill hieß sie: Wäre sein Bleiben und weiteres „Mitmachen“ Verrat an sozialdemokratischen Idealen gewesen? Und für Berlin: Hätte die Berliner Führung der SPD, um nicht Verrat zu begehen, Schumachers Empfehlung vom Februar 1946¹¹ folgen sollen, die SPD in der SBZ aus Protest aufzulösen?

Um diese Frage zu beantworten ist es nötig, zu erörtern, was unter „sozialdemokratische Ideale“ im Jahr 1945 konkret zu verstehen war. Da gab es eine beachtliche Bandbreite an Einstellungen, Auffassungen und Hoffnungen. Einige wesentliche übergreifende Aspekte waren:

- die Hoffnung auf ein sozialistisches Deutschland, wie sie im Aufruf des Zentralausschusses ebenso zum Ausdruck kam wie in den Reden Schumachers und in vielen anderen Zeugnissen sozialdemokratischer Politik 1945;
- der Wille, die Nazis und die hinter ihnen stehenden und mit ihnen paktierenden gesellschaftlichen Kräfte von der Macht zu entfernen;
- der Wille zur Kooperation mit den Kommunisten¹²;

8 Siehe ebenda.

9 Angesichts zunehmenden Drucks auf seine Person und attraktiver Positionsangebote von ihm bekannten verantwortlichen US-Offizieren in Hessen entschloß er sich Silvester 1945, aus Thüringen wegzugehen.

10 Otto Grotewohl hielt bis zu der entscheidenden Sitzung des Zentralausschusses am 11.2.1946 an der Voraussetzung fest, Reichsparteitage von SPD und KPD über die auch von ihm gewünschte Einheit entscheiden zu lassen. Erst die Aufkündigung der Disziplin durch die Bezirke - nicht zuletzt von Brills Nachfolger Hoffmann - hatte den Zentralausschuß zum Einlenken gezwungen.

11 Siehe Beatrix Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der SBZ und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996, S.56.

12 Der Wille zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten war an der sozialdemokratischen Basis, zumindest bis zur Vereinigung, in allen Zonen da. Davon zeugen die Antworten auf die 2. Frage bei der Urabstimmung in Berlin (62 Prozent der Teilnehmer sprachen sich für die Zusammenarbeit mit Kommunisten aus) ebenso wie die Tatsache, daß auch Schumacher sich in dieser Frage zunächst noch bedeckt hielt.

- der Wille, demokratische Grundsätze im deutschen gesellschaftlichen Leben durchzusetzen;

- aber auch eine große Skepsis gegenüber der Sowjetunion und der Wille, sich das dort herrschende politische System nicht überstülpen zu lassen.

Und wie war der Blick in die Zukunft: Wovon konnten und mußten die Sozialdemokraten ausgehen?

Da war zunächst die zahlenmäßige Stärke der SPD: Da die Sozialdemokraten deutlich mehr als die Hälfte der künftigen SED-Mitglieder ausmachten, rechneten viele Funktionäre damit, sich innerhalb der kommenden Einheitspartei gegen die KPD behaupten oder sogar durchsetzen zu können.¹³

Da war der Glauben an einen ernstgemeinten demokratischen Neuanfang der Kommunisten: Diese hatten in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 erklärt, daß „der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre“; Ackermann hatte im Februar 1946 den Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ veröffentlicht, der einen „demokratischen Weg zum Sozialismus“ propagierte.¹⁴ Ein Teil der kommunistischen Funktionäre teilte die Hoffnung vieler Sozialdemokraten, die relativ offene Situation in Deutschland nach Kriegsende, der gemeinsame Antifaschismus, die Notwendigkeiten des demokratischen Aufbaus im Nachkriegsdeutschland würden zu relativ weiten Spielräumen für eine eigenständige Politik deutscher Antifaschisten führen. Helmut Lehmann sprach nicht nur für sich, wenn er im Frühjahr 1946 meinte, „daß es nicht nur taktische Überlegung sein könne, wenn die Kommunistische Partei heute die Demokratie als ihren Kampfboden anerkennt“.¹⁵ „In den Grundsätzen und Zielen der SED“ hieß es denn auch: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“¹⁶

Freilich waren da auch Bedenken und Mißtrauen gegenüber den Zielen der Sowjetunion. Aber hatte die UdSSR nicht fundamentale Interessen, sich ausgleichend zu verhalten, wollte sie nicht Reparationen aus den Westzonen, Beteiligung an der Verwaltung des Ruhrgebiets? Hatte nicht Georgi Shukow Grotewohl versichert, er wisse wohl, daß er sich mehr auf die Sozialdemokraten stützen müsse?¹⁷

Die meisten Chancen räumten die führenden Sozialdemokraten der SBZ ihren weitgespannten politischen Zielen freilich für den Fall ein, wenn es gelingen würde, eine sozialdemokratische Reichspartei und in ihrem Gefolge eine einige sozialistische

13 Zu den Erwartungen der SPD-Mitglieder an ihre Rolle in der neuen Partei siehe Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ, Berlin 1996, S.XCVIff. Nach Aussagen von Zeitzeugen kam es z.B. in ehemaligen SPD-Hochburgen in Ostthüringen in etlichen Orten dazu, daß die Sozialdemokraten den Einigungsprozeß dominierten.

14. Siehe Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Heft 1, 1946, S.21.

15 Siehe ebenda, S.22. In die gleiche Richtung äußerte sich Friedrich Ebert. Siehe Malycha, S.XXXVII.

16 Siehe Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S.552-554.

17 So jedenfalls Shukow noch im August 1945, wie Grotewohl dem Zentralausschuß berichtete. Siehe Markus Jodl: Amboss oder Hammer? Otto Grotewohl – eine politische Biografie, Berlin 1997, S.86.

Partei in ganz Deutschland zu schaffen. Dann schien es ihnen möglich, zwischen den Besatzungsmächten eine gewichtige vermittelnde Rolle zu spielen und die gewünschte Einheitspartei in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Der plötzliche kommunistische Druck hin zur Vereinigung seit Herbst 1945 führte wohl bei vielen Sozialdemokraten, die zu radikalem revolutionär-demokratischem Handeln bereit waren, zu einem deutlichen Unwohlsein und ließ neue Bedenken aufkommen. Aber statt die Einberufung eines Reichsparteitags zu unterstützen, lehnte Kurt Schumacher diesen ab und schlug den Ost-Sozialdemokraten als heroisches Fanal und Abgesang ihres Kampfes die Selbstauflösung vor...

Es war eine Zeit der Entscheidungen. War es mit Blick auf die spätere Stalinisierung der SED ein Verrat der sozialdemokratischen Ideale, Schumachers Empfehlung nicht zu folgen?

Ich meine: Nein. Verrat setzt nicht ein Handeln trotz bestehender Zweifel, sondern ein Handeln gegen bestehendes Wissen voraus. Der Schritt in die Einheit bedeutete nicht mit Notwendigkeit die Aufgabe auch nur eines der oben genannten Ideale. Für ihre Verwirklichung schienen sich in den Augen vieler Sozialdemokraten damals die Voraussetzungen zu verbessern!

In Thüringen und Sachsen war die dort in der Weimarer Zeit starke linke SPD bereits 10 Jahre vor dem Machtantritt der Nazis vom Bürgertum und dem „eigenen“ Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, mit Waffengewalt an einer durchgreifenden sozialen Reformpolitik gehindert worden. Gerade hier stellte ein konsequenter und machtbewußter Kurs auf sozialökonomische Veränderungen die Konsequenz aus der erlebten und verarbeiteten Parteigeschichte dar. Vor diesem Hintergrund sind die Übertritte zahlreicher Ostthüringer Sozialdemokraten in die KPD im April/Mai 1945 ebenso zu bewerten wie Brills Versuch eines völlig neuen organisatorischen Anfangs oder andernorts der Brief Fechners an die Berliner Kommunisten vom Mai 1945, die radikalen Ansätze des Prager Manifestes 1934 oder die strikte Ablehnung einer führenden Rolle ehemaliger Parteivorstände in der Nachkriegs-SPD seitens vieler sozialdemokratischer Emigranten und Widerständler.

Solche Schritte der Abkehr von Teilen des alten Profils der SPD entsprangen nicht einem Bekenntnis von Sozialdemokraten zum Moskauer Parteimodell. Sie bedeuteten vielmehr eine Verschiebung innerhalb der sozialdemokratischen Werteskala. Dieser Wille zur Konsequenz aus der Geschichte (wie er in gleichem Maße bei der KPD nicht zu beobachten war) hatte den Strategen um Walter Ulbricht das Spiel erleichtert. Ein Verrat an sozialdemokratischen Idealen kann aber - zumindest für 1946 - daraus nicht abgeleitet werden.